

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/12/2012

**über die öffentliche Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung am 17.12.2012,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 23:15 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Roland Wilde

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Thomas Bellizzi
Frau Doris Brandt
Herr Christian Conring
Herr Uwe Graßau
Herr Rolf Griesenberg
Herr Rafael Haase
Herr Jörg Hansen
Herr Dieter Heidenreich
Frau Anna-Margarete Hengstler
Herr Dr. Ernst-Jürgen Hoffmann
Frau Nina Holers
Herr Tobias Koch
Herr Wolfgang König
Herr Dirk Langbehn
Frau Monja Löwer
Herr Horst Marzi
Herr Hartmut Möller
Frau Marleen Möller
Frau Susanne Philipp-Richter
Herr Bela Randschau
Herr Steffen Rotermundt
Herr Hinrich Schmick
Frau Karen Schmick
Herr Walter Schneider
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Matthias Stern
Frau Martina Strunk
Herr Michael Stukenberg
Frau Doris Unger
Frau Petra Wilmer
Herr Heino Wriggers

ab TOP 5

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Lara Gerecke

Kinder- und Jugendbeirat, bis tlw.
TOP 13

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Bürgermeister

Herr Horst Kienel

Herr Peter Röckendorf

Frau Angelika Andres

Frau Meike Niemann

Frau Gabriele Fricke

Frau Maraike Hagelmann

Frau Rebecca Woltmann

Referendarin

Praktikantin Stabsstelle/

Gremienarbeit, Controlling

Veranstaltungstechnik

Protokollführerin

Herr Karsten Barth

Frau Birgit Reuter

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Detlef Levenhagen

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der vorangegangenen Sitzung
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Ehrung von Stadtverordneten
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 11/2012 vom 10.12.2012
7. Bericht des Bürgermeisters
 - 7.1 Besuch in Ludwigslust
 - 7.2 Finanzbericht
8. Behandlung der in der Einwohnerversammlung am 29.11.2012 gestellten und mit der erforderlichen Mehrheit abgestimmten Anregung **2012/177**
9. Realisierung des Lümmellaufs 2013
- Festsetzung der Rahmenbedingungen
10. 41. Flächennutzungsplanänderung "Erlenhof-Süd" für den Bereich zwischen Lübecker Straße im Osten, dem Naturschutzgebiet "Ammersbek-Niederung" und dem Erlenhof im Norden, der Seniorenwohnanlage "Rosenhof" im Süden und der Aue im Westen **2012/153**
- Abschließender Beschluss über die Änderung des Flächennutzungsplans
11. Bebauungsplan Nr. 92 "Erlenhof-Süd" für den Bereich zwischen Lübecker Straße im Osten, dem Naturschutzgebiet "Ammersbek-Niederung" und dem Erlenhof im Norden, der Seniorenwohnanlage "Rosenhof" im Süden und der Aue im Westen **2012/152/1**
- Satzungsbeschluss gemäß § 10, Abs. 1 BauGB
12. Erlass der Haushaltssatzung 2013 **2012/127**
- Beschlussfassung über den Stellenplan 2013
- Beratung
13. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 **2012/120**

- | | | |
|-----|---|-----------------|
| 14. | 3. Satzung zur Änderung der Satzung für die Volkshochschule der Stadt Ahrensburg
(Benutzungs- und Gebührenordnung) | 2012/080 |
| 15. | Entscheidung über die Annahme von Zuwendungen | 2012/178 |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgervorsteher Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der vorangegangenen Sitzung

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 10.12.2012 wurden folgende Beschlüsse in nicht öffentlicher Sitzung gefasst:

1. Dem Schuldübernahmevertrag „Planungskosten“ wird zugestimmt.
2. Dem Verkauf einer unerschlossenen ca. 6.595 m² großen Grundstücksteilfläche im Gebiet „Erlenhof-Süd“ wird zugestimmt.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Junker schildert die Situation bezüglich des Lümmellaufes. Durch die erst kurzfristig erfolgte Entscheidung des Umweltausschusses, den Lümmellauf aufgrund von Gefährdungen im kommenden Jahr nicht stattfinden zu lassen, war es den Organisatoren nicht möglich, eine alternative Strecke auszuarbeiten. Aus diesem Grund bittet Herr Junker die Stadtverordneten, im Rahmen der heutigen Sitzung noch einmal über die Durchführung des Lümmellaufes zu beraten.

Herr Plage bittet um Klärung des Sachverhaltes „Lärmuntersuchungen am Gleis“, der dem anliegenden Schreiben vom 17.12.2012 (**Anlage 1**) zu entnehmen ist.

Frau Schwintzer, 1. Vorsitzende der Interessengemeinschaft Ahrensfelde, Dorfstraße 34, stellt die Resolution für eine Südtangente und gegen eine Brücke Brauner Hirsch der Interessengemeinschaft Ahrensfelde und der Bürgergemeinschaft Am Hagen mit einer Unterschriftenliste von 814 Personen vor.

Frau Quast-Müller, 1. Vorsitzende der Bürgergemeinschaft Am Hagen e. V., erklärt, dass der in vergangener Zeit veröffentlichte Leserbrief eines Mitgliedes der Bürgergemeinschaft Am Hagen e. V. nicht die Mehrheitsmeinung der Bürgergemeinschaft Am Hagen e. V. darstelle.

Sie plädiert an die Stadtverordneten, die Forderungen der Interessengemeinschaft Ahrensfelde und der Bürgergemeinschaft Am Hagen e. V., die in der Resolution niedergeschrieben sind (**Anlage 2**), in den Masterplan Verkehr aufzunehmen.

Herr Mentzel, Kremerberg, bemängelt, dass mit der Bebauung des Gebietes „Erlenhof“ begonnen werde, ohne dass eine Verkehrslösung für die dortige B 75 im Rahmen einer Nordtangente vorliege. 1929 sei die Landgemeinde Kremerberg in die Landgemeinde Ahrensburg eingegliedert worden. § 6 des Vertrages lautet wie folgt: „Die Gemeinde Ahrensburg sichere dem angegliederten Gebiet zu, dass die Erschließung in gleichem Maße gefördert werden soll wie diejenige des bisherigen Gemeindegebietes. Leiten sich aus dem Vertrag auch heute noch Ansprüche des Stadtteils Kremerberg ab? Wie sehen Sie den Umgang mit dem Stadtteil Kremerberg? Halten Sie diesen für vertragsgemäß?

Bürgervorsteher Wilde sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Andreas Lang erklärt, dass gemäß Masterplan Verkehr für die Straße Brauner Hirsch ein Durchgangsverkehr von 20 % ermittelt worden sei. Das bedeute für die Straße Brauner Hirsch einen Durchgangsverkehr von etwa 3.200 Fahrzeugen in 24 h. Ist es verantwortbar, dass für den Bau einer Südumgehung 30 Mio. € Ausgaben getätigt werden und Natur zerstört werde?

Bürgervorsteher Wilde erklärt, dass im Rahmen des Tagesordnungspunktes „Masterplan Verkehr“ u. a. in der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 19.12.2012 diese Angelegenheit diskutiert wird.

Herr Knoll gibt den Hinweis, dass seit über 70 Jahren über die Südtangente diskutiert werde. Den Bürgern, die sich damals im Süden Ahrensburgs angesiedelt haben, sei ein Bahnhof und eine Südumgehung im Bereich des Gutes Stellmoor versprochen worden. Diese lange Entwicklung und die Versprechungen sollten bei den Planungsüberlegungen Berücksichtigung finden.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Bürgermeister Wilde beantragt die Ergänzung der Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt „Entscheidung über die Annahme von Zuwendungen, Vorlagen-Nr. 2012/178“.

Stadtverordneter Koch beantragt im Rahmen der Dringlichkeit die Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Realisierung des Lümmellaufs“ und verweist auf die Ausführungen des Herrn Junker in der Einwohnerfragestunde.

Die Stadtverordneten stimmen der Aufnahme der beiden oben genannten Tagesordnungspunkte im Rahmen der Dringlichkeit mit mehr als der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der gesetzlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zu.

Die Stadtverordneten stimmen der Tagesordnung mit den oben genannten Änderungen zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

5. Ehrung von Stadtverordneten

Bürgermeister Wilde ehrt die Stadtverordneten Frau Brandt, Herrn Koch und Herrn Wriggers für deren 15-jährige Tätigkeit seit dem 15.12.1997 in der Selbstverwaltung der Stadt Ahrensburg.

Frau Brandt ist seit 1997 Mitglied des Sozialausschusses und übernahm von 2003 bis 2008 den Vorsitz des Sozialausschusses, um dann als stellvertretende Vorsitzende weiterhin im Sozialausschuss aktiv zu sein. Sie war bzw. ist in zahlreichen anderen Ausschüssen Ordentliches Mitglied, wie Umwelt-, Bau- und Planungsausschuss, Kindertagesstättenausschuss, Schulleiterwahlausschuss, aber auch stellvertretendes Ausschussmitglied im Hauptausschuss, im Bildungs- Kultur- und Sportausschuss, Kuratorium Volkshochschule etc.

Herr Koch fing 1997 als Bürgerliches Mitglied an und ist seit dem darauffolgenden Jahr 1998 Stadtverordneter. Herr Koch war in den Jahren 2001 bis 2010 Vorsitzender des Finanzausschusses. Er war bzw. ist aber auch in zahlreichen anderen Ausschüssen Ordentliches Mitglied, wie Wahlprüfungsausschuss, Mitgliederversammlung des Städtebundes Schleswig-Holstein, Aufsichtsrat der Stadtwerke Ahrensburg GmbH, im Ältestenrat, aber auch stellvertretendes Mitglied im Hauptausschuss, im Bau- und Planungsausschuss, im Werkausschuss, im Aufsichtsrat badlantic etc.

Herr Wriggers fing am 15.12.1997 als Bürgerliches Mitglied an und ist bis zum heutigen Zeitpunkt Stadtverordneter, mit einer kurzen Unterbrechung wiederum als Bürgerliches Mitglied. Er war bzw. ist in zahlreichen Ausschüssen tätig, wie als Ordentliches Mitglied im Bau- und Planungsausschuss, im Umweltausschuss und im Werkausschuss als stellvertretendes Mitglied.

Bürgervorsteher Wilde dankt ihnen im Namen aller für ihre jahrelange Arbeit und ihr Engagement und überreicht jedem eine Bronzemedaille.

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 11/2012 vom 10.12.2012

Einwände gegen die Niederschrift Nr. 11/2012 vom 10.12.2012 werden nicht erhoben.

7. Bericht des Bürgermeisters

7.1 Besuch in Ludwigslust

Bürgermeister Sarach hat mit einer kleinen Delegation die Partnerstadt Ludwigslust zwecks Austausch aktueller Themen besucht und überbringt herzliche Grüße. In den vergangenen Jahren sind diese vorweihnachtlichen Treffen zu einer Art Tradition geworden.

7.2 Finanzbericht

Aufgrund personeller Engpässe im Bereich der Buchungen kann in der heutigen Sitzung kein Finanzbericht vorgetragen werden. Die Gewerbesteuerentnahmen entsprechen dem Stand des letzten Finanzberichtes.

8. Behandlung der in der Einwohnerversammlung am 29.11.2012 gestellten und mit der erforderlichen Mehrheit abgestimmten Anregung

Nach Diskussion erklärt Bürgervorsteher Wilde, dass federführend der Umweltausschuss unter Beteiligung des Bau- und Planungsausschusses zuständig sei.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten über den Beschlussvorschlag wie folgt ab:

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

9. Realisierung des Lümmellaufs 2013 - Festsetzung der Rahmenbedingungen

Bürgermeister Sarach erklärt, dass es zwei Beratungen im Umweltausschuss zu der Angelegenheit gegeben habe. Die Verwaltung hat sich in der Lage gesehen, mit bestimmten Auflagen den Lümmellauf zu genehmigen. Nach der zweiten Beratung im Umweltausschuss ist das Votum des Umweltausschusses, den Lümmellauf aus Gefährdungsgründen nicht stattfinden zu lassen, für das Handeln der Verwaltung maßgebend gewesen.

Stadtverordneter Koch macht deutlich, dass weder eine Instandsetzung noch eine Erneuerung der Brücke rechtzeitig vor dem Lümmellauf möglich sei. Er beantragt – da aus Sicht der Verwaltung die Genehmigung des Lümmellaufs unter Auflagen möglich sei – den Lauf unter Auflagen zu genehmigen und bittet die Stadtverordneten, diesem zuzustimmen.

Stadtverordneter Marzi erklärt, dass der Selbstverwaltung im Umweltausschuss mitgeteilt worden sei, dass eine Gefährdung der Läufer vorhanden sei. Es sei jeden Tag damit zu rechnen, dass die Brücke gesperrt werden müsste. Ihn wundere, dass der SSC Hagen nicht eine Alternativroute habe, damit bei schlechtem Wetter, Hochwasser etc. die Brücke umgangen werden könne. Die Entscheidung des Umweltausschusses sei nicht gefallen, um den SSC Hagen zu ärgern, sondern um die Gesundheit der Sportler zu erhalten.

Stadtverordneter Heidenreich erklärt, dass Fachleute entscheiden müssen, ob die Brücke noch verkehrssicher sei. Denkbar wäre bei Durchführung des Lümmellaufs als Auflage „Wachposten vor der Brücke“, damit die Brücke schrittweise überquert werden könne. Es sei Aufgabe der Verwaltung, durch externe Fachleute die Gefährdung zu prüfen. Er plädiert dafür, dass der Lümmellauf stattfinden kann.

Stadtverordnete Wilmer pflichtet den Ausführungen von Stadtverordneten Koch bei und unterstützt die Entscheidung über die Durchführung des Laufes unter Auflagen. Es muss durch die Verwaltung sichergestellt werden, dass auf der Brücke nichts passiert.

Stadtverordneter Hansen stellt im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN nachfolgenden Antrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt, einen Modus zu finden, um den Lümmellauf 2013 stattfinden zu lassen.“

Da zwei gleichlautende Anträge von Stadtverordneten Koch und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vorliegen, kommt man überein, über den Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN wie folgt abzustimmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Modus zu finden, um den Lümmellauf 2013 stattfinden zu lassen.“

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

10. 41. Flächennutzungsplanänderung "Erlenhof-Süd" für den Bereich zwischen Lübecker Straße im Osten, dem Naturschutzgebiet "Ammersbek-Niederung" und dem Erlenhof im Norden, der Seniorenwohnanlage "Rosenhof" im Süden und der Aue im Westen
- Abschließender Beschluss über die Änderung des Flächennutzungsplans

Stadtverordneter Hansen erklärt, dass die rechtliche Prüfung durch die Rechtsanwaltskanzlei Graf von Westphalen nicht objektiv sei, da die Anwälte vom Investor beauftragt worden seien. Darüber hinaus bemängelt er, dass der Bau- und Planungsausschuss bei seiner letzten Abstimmung im Glauben war, die rechtliche Prüfung sei von der Verwaltung durchgeführt worden.

Stadtverordneter Dr. Hoffmann hält dagegen, dass das Gutachten von einer renommierten Kanzlei erstellt worden sei. Bezüglich der vermeintlichen Interessenkollision macht Stadtverordneter Dr. Hoffmann deutlich, dass die Interessen des Investors die gleichen wie die der Stadt seien und somit durch den Prüfungsauftrag des Investors keine Ergebnisbeeinflussung zu befürchten sei.

Stadtverordneter Graßau pflichtet den Ausführungen von Stadtverordneten Hansen bei. Seiner Auffassung nach sei eine zweite Offenlegung wegen der Änderungen hinsichtlich des BHKW und der Wohnungsanzahl mit Einliegerwohnung zu prüfen.

Stadtverordneter Koch erklärt, dass der Beschluss im Bau- und Planungsausschuss unabhängig von der Vorlage der rechtlichen Prüfung gefasst worden sei. Da die Abwägungen minimale Korrekturen seien, sehe er eine zweite Offenlegung nicht als erforderlich an.

Es folgt ein weiterer Wortbeitrag durch Stadtverordneten Schmick.

Die Leiterin des Fachbereichs Stadtplanung/Bauen/Umwelt, Frau Andres, erläutert die durch die Verwaltung erfolgte Prüfung nach § 4 a Abs. 3 BauGB in Verbindung mit dem Kommentar zum BauGB von Ernst/Zinkahn/Bielenberg mit dem Ergebnis, dass bei den geänderten Belangen nicht die Grundzüge der Planung betroffen werden.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten über den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2012/153 ab:

Abstimmungsergebnis:

22 dafür

8 dagegen

3 Enthaltungen

1. Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren keine Stadtverordneten von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes ausgeschlossen.

2. Anmerkung der Verwaltung:

Ziff. 2 und 4 des Beschlussvorschlages lauten wie folgt:

2. Die **41. Änderung** des Flächennutzungsplanes wird beschlossen. Die Begründung wird gebilligt.
4. Die **41. Änderung** des Flächennutzungsplanes ist dem Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein zur Genehmigung vorzulegen.

Bei der Angabe „43. Änderung des Flächennutzungsplans“ im Beschlussvorschlag handelt es sich um eine offenbare Unrichtigkeit in Form eines Schreibfehlers gem. § 111 Landesverwaltungsgesetz. Der Widerspruch zwischen Gewolltem und Erklärtem ist ohne Weiteres erkennbar (Kommentar Förster/Friedersen/Rohde zum Landesverwaltungsgesetz zu § 111, Erl. 1).

Materiell bezieht sich der Inhalt der gesamten Vorlage einschließlich Anlagen auf den Erlenhof. Die zutreffende Bezeichnung der maßgeblichen F-Planänderung ist Nr. 41.

Die inhaltlich korrekte Behandlung des F-Planes Nr. 41 mit der korrekten Bezeichnung in der Vorlagen-Nr. 2012/153 mit Anlagen erfolgt durchgängig

- im Betreff der Vorlagen-Nr. 2012/153
- im Sachverhalt der Vorlagen-Nr. 2012/153
- In der Anlage 1 „Eingegangene Stellungnahmen und Abwägungsvorschläge“ ist auf jeder Seite auf die 41. F-Planänderung hingewiesen (Seiten 4 bis 175 der Anlage 1 der Vorlagen-Nr. 2012/153).
- Als Anlage 2 ist die 41. Änderung des Flächennutzungsplanes für das Areal Erlenhof-Süd mit Geltungsbereich korrekt bezeichnet und mit Planausschnitt korrekt aufgeführt. Immer ist Gegenstand der Ausführungen das Gebiet Erlenhof.
- Im Rahmen der Anlage 3 „Begründung zur 41. Änderung des Flächennutzungsplanes“ erfolgt auch die korrekte Bezeichnung. Die gesamte Anlage 3 bezieht sich auch inhaltlich auf die 41. Änderung des Flächennutzungsplanes.
- Die Einladung und Bekanntmachung zur Stadtverordnetenversammlung erfolgte mit der zutreffenden Bezifferung „41“.

Die fehlerhafte Bezeichnung im Beschlussvorschlag gemäß Vorlage hat keine rechtlichen Auswirkungen, da allen eindeutig bekannt war, dass Gegenstand der Beratung die F-Planänderung Erlenhof war.

11. **Bebauungsplan Nr. 92 "Erlenhof-Süd" für den Bereich zwischen Lübecker Straße im Osten, dem Naturschutzgebiet "Ammersbek-Niederung" und dem Erlenhof im Norden, der Seniorenwohnanlage "Rosenhof" im Süden und der Aue im Westen**
- Satzungsbeschluss gemäß § 10, Abs. 1 BauGB

Stadtverordneter Bellizzi stellt nachfolgenden Antrag:

„Die festgeschriebenen Wohneinheiten werden auf 450 Wohneinheiten erhöht. Die Drittelung wird zugunsten von bezahlbaren Wohnungen geringfügig aufgegeben.“ Wenn man schon ein Gebiet plane, dann sollte es vernünftig genutzt und ausreichend bezahlbarer Wohnraum bereitgestellt werden.

Stadtverordnete Unger erklärt, dass nach langem Ringen ein Kompromiss gefunden sei und ein Antrag zu diesem Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses nicht nur zu Zeitverzögerungen, sondern aufgrund der Änderung im Rahmen des B-Planverfahrens zu erheblichen Kosten führen würde. Sie hätte sich den Antrag zu einem früheren Zeitpunkt gewünscht.

Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag des Stadtverordneten Hansen auf eine Auszeit von 5 Minuten mit der erforderlichen Mehrheit zu.

Nach Beendigung der Auszeit verlangt Stadtverordneter Koch im Namen der CDU-Fraktion namentliche Abstimmung über den Antrag des Stadtverordneten Bellizzi.

Anschließend wird über den Antrag des Stadtverordneten Bellizzi abgestimmt:

„Die festgeschriebenen Wohneinheiten werden auf 450 Wohneinheiten erhöht. Die Drittelung wird zugunsten von bezahlbaren Wohnungen geringfügig aufgegeben.“

Abstimmungsergebnis:	2 dafür
	25 dagegen
	6 Enthaltungen

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist als **Anlage** beigefügt.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten über die Beschlussvorlage Nr. 2012/152/1 ab.

Abstimmungsergebnis:	20 dafür
	9 dagegen
	4 Enthaltungen

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren keine Stadtverordneten von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes ausgeschlossen.

12. Erlass der Haushaltssatzung 2013
- Beschlussfassung über den Stellenplan 2013
- Beratung

Bürgermeister Sarach erklärt zum Antrag der CDU-Fraktion AN/097/2012, Rückkehrer/Rückkehrerin/lfd. Nummer 114 im Stellenplan, dass sich kurzfristig eine personelle Veränderung in der Verwaltung abzeichnet, wodurch eine Stelle vakant wird. Diese Stelle ist geeignet für die Rückkehrerin Stelle lfd. Nr. 114. Damit erübrigt sich der Antrag AN/097/2012, da die vakante Stelle mit der Rückkehrerin besetzt werden kann. Er bittet um wohlwollende Prüfung der Stelle lfd. Nr. 46 aufgrund eines Mehrbedarfs in der Stadtkasse/Finanzbuchhaltung angesichts der derzeitigen Situation in Bezug auf die Jahresabschlüsse und der Zentralisierung bestimmter Aufgaben für eine zeitlich befristete Stelle für drei Jahre, zumal durch die Bereitstellung keine Stellenplanausweitung im Stellenplan erfolge.

Anschließend stellt Bürgervorsteher Wilde die Anträge der CDU-Fraktion zum Stellenplan vor. Im September 2012 sei der Nachtragsstellenplan beschlossen worden mit dem Hinweis, dass keine zusätzliche Stellenplanausweitung im Haushalt 2013 erfolgen sollte. Der derzeitige Stellenplan weise ein Stellenplus von 1,3 Stellen aus. Ziel der CDU-Fraktion seien keine zusätzlichen Stellen mit einer Stellenplanausweitung.

Auf Nachfrage von Stadtverordneten Stukenberg erläutert die Verwaltung die durch die Anträge der CDU-Fraktion bedingten finanziellen Personalausgaben im Etat 2013:

Stellen-Nr. 114: ca. 50.000 €,
 Stellen-Nr. 46: ca. 32.600 €,
 Stellen-Nr. 125: ca. 31.200 €,
 und Stellen-Nr. 182: ca. 22.400 € bewertet.

Stadtverordneter Möller erläutert die Beratung im Hauptausschuss am 03.12.2012. Die Bereitstellung der Stelle lfd. Nr. 46/2012 sei auch in Übereinstimmung mit dem Petersen-Gutachten erforderlich. Die Stelle lfd. Nr. 98 sei notwendig, um in Ahrensburg die Pflege des Grüns zu gewährleisten. Die Tätigkeiten in der Bücherei hätten enorm zugenommen (Stelle lfd. Nr. 182). Wenn im Rahmen einer Stellenbewertung eine höherwertige Tätigkeit festgestellt werde, gebe es keinen Grund, dieser nicht zuzustimmen.

Die Beantwortung der Anfrage des Stadtverordneten Schubbert-von Hobe zu der Höhe des Zuschusses zu den Personalkosten Bücherei ist unter Anmerkung der Verwaltung erfolgt.

Stadtverordneter Schmick stimmt den Anträgen der CDU-Fraktion zu, denn die Verwaltung sei der einzige Bereich, in dem angesichts steigender Schulden eingespart werden könne.

Stadtverordneter Koch erklärt, dass Haushaltseinsparungen insbesondere nur im Stellenplan vorgenommen werden können. Deshalb darf es keinen Stellenzuwachs in 2013 geben. Wenn den Anträgen der CDU-Fraktion gefolgt werden würde, wäre der Stellenzuwachs bei 0.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordnete Unger und Heidenreich, der dem CDU-Antrag AN 098/2012 wegen der Erforderlichkeit der Stelle „Umwelt/Landschaftsplanung“ nicht zustimmen werde.

Stadtverordneter Belizzi erklärt, dass Ziel die Einhaltung des Personalbudgets sei, das jedoch im Haushalt 2013 im Vergleich zu 2011 mit 16,9 % zu hoch sei und er deshalb dem Haushalt nicht zustimmen werde.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten wie folgt ab:

- AN/097/2012
Antrag der CDU-Fraktion, Produktbereich 11150, FD IV.1 Rückkehrerin lfd. Nr. 114 im Stellenplan

„Die Stadtverordnetenversammlung möge folgende Änderungen beschließen: Die Stelle erhält einen kw-Vermerk.“

Der Antrag ist obsolet, da die zwischenzeitlich im Fachdienst II.5 vakant werdende Stelle mit der Rückkehrerin besetzt werden kann.

- Antrag der CDU-Fraktion, Produktbereich 56100, FD IV.2 Umwelt/Landschaftsplanung lfd. Nr. 125 im Stellenplan

„Die Stadtverordnetenversammlung möge folgende Änderungen beschließen: Die Stellenveränderung von plus 0,5 ist zu streichen, Reduzierung auf 0.

Abstimmungsergebnis:	20 dafür
	12 dagegen
	1 Enthaltung

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

- Antrag der CDU-Fraktion, Produktbereich 11140, FD I.4 Stadtkasse lfd. Nr. 46 im Stellenplan

„Die Stadtverordnetenversammlung möge folgende Änderungen beschließen: Die geforderten plus 0,8 Stundenanteile sind zu streichen.“

Abstimmungsergebnis:	16 dafür
	9 dagegen
	7 Enthaltungen

Der Antrag ist somit angenommen.

- Antrag der CDU-Fraktion, Produktbereich 11125, FD II.1 Grundsatz und Ordnungsangelegenheiten lfd. Nr. 54 im Stellenplan

„Die Stadtverordnetenversammlung möge folgende Änderungen beschließen: Diese Stelle erhält zurzeit für den dann laufenden Haushalt 2013 keine Erhöhung von A 13 auf A 14.“

Abstimmungsergebnis: **23 dafür**
 8 dagegen
 2 Enthaltungen

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

- Antrag der CDU-Fraktion, Produktbereich 27200, FD I.6 Büchereiwesen lfd. Nr. 182 im Stellenplan

„Die Stadtverordnetenversammlung möge folgende Änderungen beschließen: Die Stellenveränderung von plus 0,59 ist zu streichen.“

Abstimmungsergebnis: **26 dafür**
 5 dagegen
 2 Enthaltungen

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2012/127 mit wie vorgenannten Änderungen zu.

Abstimmungsergebnis: **24 dafür**
 7 dagegen
 2 Enthaltungen

Anmerkung der Verwaltung

Bezug nehmend auf die Frage in der Stadtverordnetenversammlung hätte der Zuschuss für die Stelle in der Bücherei (0,59 Stellenanteile) 30,66 % (6.868 €) betragen.

13. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013

Der Finanzausschussvorsitzende Conring berichtet über die Ergebnisse der Finanzausschusssitzung, die unmittelbar vor der Stadtverordnetenversammlung stattgefunden hat, u. a. mit der Empfehlung, die Grundsteuer A und B nicht zu erhöhen (Antrag AN/056/2012) und der Haushaltssatzung in der vorliegenden Form der Beschlussvorlage 120/ 2012 nicht zuzustimmen.

Im Namen der CDU-Fraktion erklärt Stadtverordneter Conring, dass sich der Fehlbetrag in der Gewinn- und Verlustrechnung trotz Nichterhöhung der Grundsteuer A und B von 5,9 Mio. € auf 4,6 Mio. € reduziere. Auf der „Kreditseite“ sei eine Reduzierung von 1 Mio. € im Rahmen der Haushaltsberatungen erreicht worden mit der Folge einer Neukreditermächtigung von nunmehr 2,9 Mio. €. In den letzten zwei Jahren sei von den Kreditermächtigungen aufgrund der guten Liquiditätssituation der Stadt kein Gebrauch gemacht worden.

Die Stadt würde durch den Bau von zwei Kitas Kosten in Höhe von knapp 7 Mio. € zu tragen haben, zusätzlich jährlicher Betriebskosten je Kita von ca. 500.000 €. Darüber hinaus sind im Haushaltsplanentwurf 2013 Mittel für Investitionen wie die Brandschutzsanierung des Rathauses in Höhe von ca. 2,5 Mio. €, Sanierung des Parkhauses „Alter Lokschuppen“, Baumaßnahmen im Bereich des Schulbaus und der Schulsanierung, Endfertigstellung der Turnhalle Am Hagen, Ersatzbau des Pavillons am Schloss, Beginn der Erneuerung der Hagener Allee eingeplant. Die Erneuerung des Moorwanderweges, der Ausbau der Manhagener Allee und des Geh- und Radwegs Beimoorweg werde von der CDU-Fraktion weiter hinten auf der Prioritätenliste gesehen. Bei einem Neukreditvolumen für 2013 in Höhe von 2,9 Mio. € im Zusammenhang mit den Maßnahmen, die in Angriff genommen werden, sei insgesamt ein gutes Paket geschnürt worden.

Stadtverordnete Wilmer erklärt, dass das negative Planergebnis im Haushalt durch die Nichterhöhung der Grundsteuer von 3,9 Mio. € auf 4,6 Mio. € erhöht werde. Wichtige Investitionen würden geschoben, bei Straßen und Gebäuden würde an Unterhaltungsmaßnahmen gespart werden und die Kommunen könnten nur unter Schwierigkeiten den gesetzlichen Regelungen mit dem Ausbau der Krippenplätze nachkommen. Sie plädiert für die Erhöhung der Grundsteuer, damit auch weitere Maßnahmen im Jugend- und Sozialbereich in Angriff genommen werden können. In den umliegenden Städten seien die Hebesätze höher als in Ahrensburg. Ohne die Grundsteuererhöhung habe die Stadt keine Entwicklung. Darüber hinaus bedauert sie, dass das beschlossene Konzept der parallelen Entwicklung der Sportflächen und des Gewerbegebietes Beimoor-Süd bisher nicht weiter verfolgt worden sei. Die Planungskosten hierfür seien auf das Jahr 2016 verschoben worden.

Stadtverordnete Wilmer beantragt im Namen der SPD-Fraktion, die Planungskosten für die Entlastungsstraße (Produktsachkonto 54100.0900029) in Höhe von 100.000 € in den Haushalt 2013 wieder aufzunehmen. Es bestehe ein Beschluss für eine Nordtangente und eine Ablehnung des Verhandlungsergebnisses mit Delingsdorf.

Parallel sollte eine für die Bürger im Gartenholz günstigere Trasse geprüft werden. Hierfür werden entsprechende Planungsmittel benötigt.

Stadtverordneter Stukenberg ist der Auffassung, dass der Haushaltsentwurf nicht den Anforderungen des § 95 e Gemeindeordnung entspreche. Zurzeit besteht eine Deckungslücke im Ergebnishaushalt von ca. 4,5 Mio. €. Auch in den nächsten Jahren setze sich die Deckungslücke fort. Die Schulden würden den Ergebnishaushalt durch die Zinsen belasten. Grund für die weiteren Kreditaufnahmen sei u. a. der Ausbau der Kita, der vom Bund vorgegeben sei. Er verweist insofern auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Er kritisiert, dass zurzeit die vorhandenen Ressourcen nicht unterhalten werden können, weil die Abschreibungen nicht erwirtschaftet werden würden. Im Haushalt sei an verschiedenen Stellen bei den Haushaltansätzen aufgerundet bzw. „Sicherheiten“ eingebaut worden. Er stellt deshalb folgenden Antrag: „Die Stadtverordnetenversammlung möge folgende Planänderung beschließen: Es wird eine globale Minderausgabe der Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 5 % der aktuell geplanten ordentlichen Aufwendungen Seite 10 Position 17 beschlossen.“

Personalkosten im Kernbereich dürften künftig nicht stärker steigen als der Steuer- und Gebührenbereich mit dem Ziel einer effizienteren Verwaltung und weniger arbeitsintensiven Abläufen. Er regt die Einrichtung von Budgets mit der Schaffung von mehr Freiräumen für die Verwaltung bei einem von der Politik festgesetzten Budget an. Freiwillige Leistungen könnten nur bei Überschüssen gewährt werden. Außerdem seien Lösungsmöglichkeiten im Bereich des badlantics unter Einbeziehung sämtlicher Benutzergruppen mit erneuten Beratungen unbedingt erforderlich. Der Haushalt 2013 setze einen eindeutigen Schwerpunkt für Kinder, Jugendliche und ältere Menschen.

Stadtverordneter Langbehn erklärt im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dass diese dem Haushalt nicht zustimmen werden. Es gäbe eine ganze Reihe von Ausgaben/Investitionen, die Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht mittragen würden. Es würden falsche Prioritäten gesetzt. Für Bündnis 90/DIE GRÜNEN seien Steuererhöhungen die letzte Möglichkeit, um einen Haushalt auszugleichen.

Stadtverordneter Koch erklärt, dass die CDU-Fraktion ein Kürzungspotenzial im Rahmen der Haushaltsberatungen in Höhe von 2 Mio. € initiiert habe. Mit den Haushaltskürzungen sei die Voraussetzung erreicht, im kommenden Jahr auf Grundsteuererhebungen zu verzichten. Nicht nur aufgrund der Kürzungen, sondern auch aufgrund Erfahrungen in der Vergangenheit plädiert die CDU-Fraktion dafür, die Grundsteuer nicht zu erhöhen. Die CDU-Fraktion wird dem Haushaltsentwurf zustimmen.

Stadtverordneter Schmick erklärt, dass aufgrund der wachsenden Schulden die Stadt über ihre Verhältnisse lebe. Er kritisiert, dass die Stadt schneller als die Nachbargemeinden die Forderung der Kita-Neubauten umsetze. Er verweist auf das bestehende hohe Niveau in Ahrensburg, mit Sportanlagen, Jugendeinrichtungen, Spielplätzen, badlantic, etc. Zusätzliche Ausgaben wie Nordtangente, Landesgartenschau können aus finanziellen Gründen nicht umgesetzt werden. Im Bereich der Südumgehung sei man wegen des Ausbaues der S4 im Zugzwang.

Frau Lara Gerecke beantragt im Namen des Kinder- und Jugendbeirates, den Jugendtreff Reeshoop und die damit verbundene Baustraße nicht weiter zu schieben. Es gebe dort keine Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche als Freizeittreff.

Stadtverordneter Bellizzi beantragt, die Kosten für die Entschlammung des Schlossteichs in Höhe von ca. 650.000 € zu streichen. Sollte dieser Antrag und der Antrag von Stadtverordneten Stukenberg bezüglich einer pauschalen Kürzung von 5 % nicht stattgegeben werden, sieht die FDP-Fraktion keine Möglichkeit, dem Haushalt zuzustimmen. Das Defizit mit 4,6 Mio. € sei für die FDP-Fraktion eindeutig zu hoch.

Stadtverordnete Unger beantragt im Namen der SPD-Fraktion eine Unterbrechung der Sitzung. Dem Antrag wird mit der erforderlichen Mehrheit zugestimmt.

Stadtverordnete Schmick beantragt, die Mittel für die 700-Jahrfeier in 2013 auf 100.000 € statt bisher 90.000 € aufzustocken. 25 % der Mittel, also 25.000 €, seien zweckgebunden für die Verschönerung und Begrünung des Rathausplatzes vorzusehen. Sie erklärt, dass der jetzige Zustand des Rathausplatzes stark verbesserungsbedürftig sei. Am 23.11.2011 seien eine Vielzahl von Ideen für die Rathausplatzgestaltung, die bis dahin von den Bürgerinnen und Bürgern eingereicht worden seien, vorgestellt und diskutiert worden. 1/3 der Besucher und Besucherinnen schlugen vor, den Platz stärker zu begrünen. Dieser Bürgerwille sollte von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen und zeitnah umgesetzt werden. Die Geschäftsinhaber wären bereit, sich auf eigene Kosten an der Aktion zu beteiligen. Dies sollte als ein Bürgerprojekt gestartet werden.

Es folgt ein weiterer Wortbeitrag durch Stadtverordnete Unger.

Anschließend wird dem Antrag auf Ende der Rednerliste mit 25 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen zu gestimmt.

Anschließend wird wie folgt abgestimmt:

— **Antrag des Kinder- und Jugendbeirates durch Frau Gerecke**

„Der Jugendtreff Reeshoop und die damit verbundene Baustraße wird nicht weiter geschoben.“

Abstimmungsergebnis:	20 dafür
	4 dagegen
	9 Enthaltungen

Dem Antrag ist somit stattgegeben.

— **Antrag der Stadtverordneten Wilmer im Namen der SPD-Fraktion**

„Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung, folgende Änderungen für den Haushalt 2013 zu beschließen: Die Planungskosten für die Entlastungsstraße Nord (Produktsachkonto 541000.900029) werden wieder in Höhe von 100.000 € in den Haushalt 2013 aufgenommen.“

Abstimmungsergebnis: **16 dafür**
 17 dagegen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

— **Antrag des Stadtverordneten Hansen im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, die Summe für das Produktsachkonto 54220.0900031 Umsetzung Radverkehrskonzept wird von 50.000 € auf 120.000 € erhöht.“

Abstimmungsergebnis: **11 dafür**
 22 dagegen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

— **Antrag des Stadtverordneten Bellizzi im Namen der FDP-Fraktion**

„Die Kosten für die Entschlammung des Schlossteichs in Höhe von 650.000 € werden gestrichen.“

Abstimmungsergebnis: **6 dafür**
 20 dagegen
 7 Enthaltungen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

— **Antrag des Stadtverordneten Stukenberg im Namen der FDP-Fraktion**

„Es wird eine globale Minderausgabe der Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 5 % der aktuell geplanten ordentlichen Aufwendungen Seite 10 Position 17 beschlossen.“

Abstimmungsergebnis: **6 dafür**
 27 dagegen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

— **Antrag des Stadtverordneten Stukenberg im Namen der FDP-Fraktion (AN/103/2012)**

Die Stadtverordnetenversammlung möge folgende Planänderungen beschließen:

1. Der Gesamtaufwand in 2013 in Höhe von 1.675.400 € wird um ca. 5 % (85.400 €) pauschal gekürzt von alt 1.675.400 € auf neu 1.590.000 €.

**Abstimmungsergebnis: 2 dafür
31 dagegen**

Der Antrag ist somit abgelehnt.

— **Antrag des Stadtverordneten Stukenberg im Namen der FDP-Fraktion (AN/104/2012)**

Die Stadtverordnetenversammlung möge folgende Planänderungen beschließen:

1. 5431010 Spezielle Geschäftsaufwendungen für Bauleitplanung Sachverständige etc. Der Gesamtaufwand in 2013 in Höhe von 200.000 € wird um 50.000 € gekürzt von alt 200.000 € auf neu 150.000 €.

Der Antrag wird von der FDP-Fraktion zurückgezogen.

— **AN/105/2012 „Stiftung Schloß Ahrensburg“**

Der Antrag wird von der FDP-Fraktion zurückgezogen.

— **Antrag der Stadtverordneten Schmick im Namen der WAB-Fraktion (AN/106/2012)**

„Die Mittel für die 700-Jahrfeier sind in 2013 auf 100.000 € (statt bisher 90.000 €) aufzustocken. 25 % der Mittel, also 25.000 €, sind zweckgebunden für Verschönerungen und Begrünung unseres Rathausplatzes vorzusehen.“

Anschließend wird über folgenden Antrag abgestimmt: Der wie vor genannte Antrag der WAB-Fraktion wird in den Umweltausschuss zur Beratung mit 29 Ja-Stimmen verwiesen.

— **Antrag des Stadtverordneten Egan im Namen der WAB-Fraktion (AN/107/2012)**

„Der Planansatz für die Gewerbesteuereinnahmen in 2013 wird neu kalkuliert, da für 2013 ein Gewerbesteueranordnungssoll von 23,4 Mio. € erwartet wird, was 2,9 Mio. € höher ist als im Haushaltsentwurf für 2012 erwartet wurde.“

Abstimmungsergebnis: **3 dafür**
 28 dagegen
 2 Enthaltungen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

— **Antrag der Stadtverordneten Möller im Namen der SPD-Fraktion (AN/59/2012)**

„Die für den Neubau des Spielplatzes eingestellten Beträge sind auf die folgenden Jahre zu verschieben“

Der Antrag wird zurückgezogen.

— **Antrag des Stadtverordneten Stukenberg im Namen der FDP-Fraktion (AN/91/2012)**

Der Ausschuss möge folgende Planänderung beschließen:

1. 7852000 Auszahlung aus Tiefbaumaßnahmen 54110.0900001
 in 2013 alt 300.000 €, neu 0 €
2. 7852037 Auszahlung aus Erschließungen B-Plan 88 a und b
 54110.0900037 alt 50.000 €, neu 0 €

Der Antrag wird von der FDP-Fraktion zurückgezogen.

— **Antrag des Stadtverordneten Egan im Namen der WAB-Fraktion (AN/67/2012)**

Der Antrag AN/067/2012 wird von der WAB-Fraktion zurückgezogen.

— **Antrag des Stadtverordneten Langbehn im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN (AN/56/2012)**

„Der Finanzausschuss möge beschließen, die im Haushaltsentwurf vorgesehene Erhöhung der Grundsteuer A und B zu streichen und somit den bisherigen Satz beizubehalten.“

Abstimmungsergebnis: **24 dafür**
 9 dagegen

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

— Stadtverordneter Heidenreich zieht den **Antrag AN/064/2012** zurück.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten über folgenden Beschlussvorschlag ab:

„Der Haushaltssatzung 2013 wird in der als **Anlage 1** der Vorlagen-Nr. 2012/120 beigefügten Fassung einschließlich der Änderungen der 2. Veränderungsliste unter Berücksichtigung der wie vor zugestimmten Anträge zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:	12 dafür
	21 dagegen

Dem Beschlussvorschlag wurde somit nicht zugestimmt.

**14. 3. Satzung zur Änderung der Satzung für die Volkshochschule der Stadt
Ahrensburg
(Benutzungs- und Gebührenordnung)**

Die Stadtverordneten stimmen über die Beschlussvorlage ab.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

15. Entscheidung über die Annahme von Zuwendungen

Die Stadtverordneten stimmen über die Beschlussvorlage ab.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin